

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Verlag:
Herausg. v. J. G. Neumann, Neudamm, Berlin.
Druck: J. G. Neumann, Neudamm, Berlin.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger.
1 Mark 26 Pf. durch die Post.

Nr. 69.

Dienstag den 10. April.

1894.

Agarische Phantasien.

Nicht nur die Todten, auch die Agrarier reiten schnell. Es ist nur wenige Wochen her, daß die Agrarier über den Einspruch des Finanzministers Miquel bei dem Fesseln des Deutschen Landwirtschaftsrats ein freiwirtschaftliches Beschlagesgesetz ausließen. 30 Jahre lang, hat der hohe Herr gesagt, werde Verwaltung und Gesetzgebung die Verhältnisse und Bedürfnisse der Landwirtschaft als maßgebend betrachtet müssen. Als die „R. A. Z.“ unlängst die Auffassung vertrat, eine Regierung, die wirtschaftlich handelt, könne nur die Anforderungen der Gemeinwohl zur Richtschnur nehmen, sprach die Correspondenz des Bundes der Landwirte die Erwartung aus, Minister Miquel werde sein Programm nicht als durch diese offiziöse Auslassung besiegelt ansehen, sondern sich bemühen, dasselbe trotz dieser Widerfacher durchzuführen. Sollte das nicht geschehen, so wäre es kaum nötig, die Konsequenzen zu ziehen, welche sich für die Stellung der Agrarier zu dem Minister daraus ergeben würden! Herr Miquel hat nicht — was freilich auch der Bund der Landwirte nicht forderte — die Auslassung der „R. A. Z.“ mit einem Entlassungsgesuch beantwortet. Dagegen hat das offiziöse Organ in diesen Tagen eine authentische Interpretation jenes Toaktes gebracht, in der als der eigentliche Gedanke der Miquel'schen Auslassung der bezeichnet wurde, daß die Wirkungen der gesetzgeberischen Reformen, die sich auf das Agrarrecht beziehen, sich auf Jahrzehnte hinaus erstrecken würden. Die Antwort der Agrarier besteht in der Ankündigung von Klagen auf staatliche Regulierung des Getreidehandels. Herr v. Böttger hat bereits in Götting diese Parole ausgegeben; die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags beriet angeblich einen Antrag auf Einführung des Getreidekontingents an das Plenum vor. Den Gedanken, daß dieser neuen Wendung zu Grunde liegt, legt der konservativ „Reichsbote“ in seiner Weise dar. Alle die Maßregeln zur Beförderung der Lage der Landwirtschaft, von denen bisher die Rede gewesen sei, seien ja an sich vielleicht ganz gut und schön, aber eine unmittelbare Einwirkung auf die Rentabilität der Landwirtschaft könnten sie nicht ausüben. Diese sei das A und O aller Agrarpolitik. „Ob man ihr (der Landwirtschaft) dieses oder jenes Erb- und Beschuldungsrecht gibt, das sind Alles Dinge, welche erst in zweiter und dritter Linie in Betracht zu kommen haben, aber nicht mehr, wie von der Gemüthsart und dem Grundcharakter der deutschen Stämme abhängen. . . Deshalb gilt es, die Herbeiführung der Rentabilität der Landwirtschaft in erster Linie in's Auge zu fassen. An höhere Schutzdämme, das natürlichste, einfachste, beste und nützlichste Mittel dazu, kann jetzt für 10 Jahre nicht mehr gedacht werden. Da gibt es nur eines, welches wirklich wirksam ist und das besteht darin, daß dafür gesorgt wird, daß nicht mehr fremdes Getreide nach Deutschland eingeführt wird, als wir zur auskömmlichen Volksernährung nötig haben. Und das kann nur geschehen, wenn der Staat die Getreideeinfuhr entweder selbst in die Hand nimmt, oder daß er das Einfuhrverbot alljährlich festsetzt und es an die beschriebenen Getreide-Einfuhr-Handlungen contingentweises verteilt. Damit würde auch das Spiel mit den Getreidepreisen und dem Weltmarkthandel besiegelt und der Handel auf seinen naturgemäßen vaterländischen Boden gestellt, daß wir einführen und kaufen, was wir nötig haben, aber nicht mehr.“ Ein Getreidekontingent, wie Graf Kanitz beantragte, wolle, entspricht dem „Reichsbote“ ebenfalls. Man übersehe ja nicht, schreibt er, welches Odium ein solches Monopol des Getreidehandels und dadurch der Vortrippe auf den Staat legen würde. Das würde ein sehr bedenkliches Agitationsmittel für die Sozialdemokratie werden. Der „Reichsbote“ beweist auch hier eine gewisse Unabhängigkeit von der agrarischen Parole. Aber auch er sieht auf dem Standpunkt, den Wert von Agrarreformen lediglich darnach zu beurteilen, ob sie und zwar sofort die Bodenrente

erhöhen. In der Praxis ist freilich der eine Vorschlag so „obso“ wie der andere. Denn ob der Staat den Getreidehandel, auch den inländischen selbst in die Hand nimmt oder ob er bestimmt, wie viel ausländisches Getreide eingeführt werden darf, thatsächlich bestimmt er die Höhe der Getreidepreise, wobei vorausgesetzt ist, daß das zu Gunsten der inländischen Produzenten geschieht. Ueber die Ausföhrbarkeit dieser Projekte braucht man glücklicher Weise kein Wort zu verlieren. Ihre Bedeutung ist nur eine symptomatische. Man sieht, wessen die Agrarier fähig sein würden, wenn sie die Linke der Gesetzgebung in der Hand hätten und das ist gerade in diesem Augenblick außerordentlich lehrreich; namentlich für die überwiegende Masse der kleinen Landwirte, die nicht in der Lage sind, Getreide zu verkaufen, sondern tie darauf angewiesen sind, Viehzucht zu treiben und die dazu nötigen Getreides bedürfen. Gerade in dieser Frage kommt der Gegensatz der Interessen des Großgrundbesitzes, der aus der massenhaften Getreideproduktion ein Geschäft macht und des kleinen Grundbesitzes zum Ausdruck.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Bei der österreichischen Budgetdebatte wurden von den Rednern des Polenklubs und der Linken bemerkenswerte Erklärungen zu Gunsten der Koalitionsregierung abgegeben. Nachdem schon der Slovener Bosznjak zu Gunsten der Regierung gesprochen und Wagniantin namens der Ruthenen erklärt, dieselben seien leicht für die Regierung zu gewinnen, wenn die letztere den größten Wünschen der Ruthenen Rechnung trage, gab im Namen des Polenklubs Jaleski die Erklärung ab, daß seine Partei in ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Koalition befestigt sei, und daß auch betreffs der Wahlreform bei gutem Willen sich eine befriedigende Lösung finden lassen werde. Jaleski sagte hinzu, die Polen streben die Erweiterung des Wahlrechts an, sie würden sich aber in ihren Anschlüssen durch keinerlei Person beeinflussen lassen. Er kündigte dann das gewisse Entgegenkommen der Polen den Ruthenen gegenüber an und schloß mit der Versicherung, daß der Polenklub zu der Regierung das größte Vertrauen habe. Der Redner der Linken Ruß gedachte zunächst des Verlustes der Deutschen durch das Ableben Schmeyfals und führte dann aus, wenn die Linke die Regierung unterstütze, so bedeutete das weder ein Aufgeben noch ein Verleugern ihrer Parteigrundsätze. Fuß sprach dann die Bereitwilligkeit der Linken aus, die Wahlreform herbeizuführen. Die Schwierigkeiten, welche die Koalition findet, können nicht beunruhigen; die Angriffe der Opposition beweisen nur, daß die Koalition mehr und mehr die unannehmbare Burg für die Mehrheit des Parlaments bilden werde. Die Linke wüßte energischer, zielbewußter Vorgehen der Koalitionsparteien, das deutsche Volk sehe in ruhiger Ueberlegung, aber mit warmer Zuerkennung dieser günstigen Entwicklung entgegen; es habe Vertrauen in die politische Lage und in die objectiv fruchtbringende Thätigkeit der Regierung. Bei der Fortsetzung der Debatte bezeichnete Finanzminister Blexer die Finanzlage als günstig. Der Minister sieht für die nächsten Jahre Ueberschüsse voraus trotz der steigenden Bedürfnisse für die gemeinsamen Angelegenheiten, namentlich für Heer, Localbahnen, Wasserregulierung u. f. w., welche eine Erhöhung der Einnahmen nötig machten, die hauptsächlich auf dem Gebiete der Branntweinsteuer zu suchen seien.

Italien. Die Lösung der Finanzfrage erwies sich als immer schwieriger. Ministerpräsident Crispi erklärte in der Finanzcommission bestimmt, daß er Abträge aus Kriegs- und Marinebudget, welche über die Vorschläge der Regierung hinausgehen, nicht annehmen werde. Die Crispi'sche „Reforma“ wendet sich gegen die Bemühungen der Opposition, dem parlamentarischen Brauch zuwider das Finanz-

programm vor dem Budget zu berathen oder wenigstens das Kriegs- und Marinebudget mit Rücksicht auf die Abträge der Finanzcommission an diesen beiden Budgets zurückzustellen. Das Blatt verlangt, daß die Verathung des gesamten Budgets der Verathung des Finanzprogramms vorausgehe, zumal die Finanzcommission nicht spezifiziert habe, wie sie die Ersparnisse von 20 Millionen bei dem Heere und der Marine verwirklichen wolle.

Belgien. Vom neuen Wahlgesetz haben beide Kammer die ersten drei Abschnitte abestimmend angenommen, so daß sämmtliche Gemeinderäte die Wählerlisten aufstellen können.

Schweden-Norwegen. Das norwegische Storting beschloß einstimmig, das Grundkapital der Hypothekbank um eine Million zu erhöhen, so wie eine Staatsanleihe im Betrage von 19 Millionen aufzunehmen. Die Regierung hatte nur 16 Millionen vorgeschlagen; der Finanzminister erklärte sich jedoch mit der Erhöhung einverstanden. — Die Vertreter der Linken angehörigen Vereine nahmen die Resolution an, in der die Durchführung des Stortingbeschlusses betreffend das Consularwesen, sowie ein eigenes norwegisches Ministerium des Auswärtigen und das allgemeine Wahlrecht gefordert werden. Das Storting nahm ferner die Vorlage betreffend die Conversion der Staatsanleihe vom Jahre 1880 an. Der Gesamtbetrag der neuen Staatsanleihe beträgt 38 Millionen Kronen.

Brasilien. Aus Brasilien kommt die Meldung, daß das Geschwader der brasilianischen Aufständischen mit Ausnahme des „Aniaban“ die Barre von Rio Grande durchbrach. Die Truppen der Aufständischen marschiren auf die Stadt Rio Grande. Nach einem weiteren Telegramm aus Rio de Janeiro haben die Truppen Bizolo's Curitiba wieder genommen.

Türkei. Zu einem albanesisch-montenegrinischen Zusammenstoß ist es am Freitag abends an der Grenze gekommen. Es wurde Niemand getödtet. Unter den Wuchern der montenegrinischen Grenze herrscht große Erregung. Die montenegrinische Regierung richtete eine Note an die Porte, in welcher die türkischen Grenzbehörden einer unstatthafter Nachsicht den Albanesen gegenüber beschuldigt werden und in welcher deren Abseugung gefordert wird.

Nordamerika. Der Indlaneraufstand im Oklahoma-Territorium hat noch nicht sein Ende erreicht. In einem Kampfe zwischen den Indianern und Ansehern wurden 30 Personen getödtet.

Deutschland.

Berlin, 9. April. Ueber den Besuch des Kaisers in Venedig und die Zusammenkunft desselben mit dem König von Italien wird gemeldet: Sonnabend Vormittag 10 Uhr traf der Kaiser an Bord der Yacht „Christabel“ im Hafen Malamocco ein. Fünf Dampfer, auf welchen sich Mitglieder der hiesigen deutschen Colonie, der Gemeinderath und eine große Anzahl geladener Personen befanden, waren der Yacht zur Begrüßung entgegengefahren. Um 11 Uhr 15 Minuten kündigten Salutschüsse die Ankunft der kaiserlichen Yacht in Venedig an. Eine dichtgedrängte Menschenmenge hielt die Riva Schiavoni besetzt. Sämmtliche Häuser und Gondeln hatten Flaggenschmuck angelegt. Während der Fahrt vom Hafen Malamocco nach Venedig blieb der Kaiser auf der Schiffbrücke und dankte für die vom Ufer aus dargebrachten Kundgebungen mit militärischem Gruß. Der König von Italien und der Herzog der Abruzzen begaben sich sofort nach der Ankunft des Kaisers in einem königlichen Boot an Bord der Yacht „Christabel“, wo eine sehr herzliche Begrüßung zwischen beiden Monarchen stattfand. Nach einer längeren Unterhaltung kehrte der König in das Palast zurück, wohin sich der Kaiser kurze Zeit darauf in einem Boot der Yacht gleichfalls begab. Die auf dem Marktplatz angeammelte Menschenmenge brachte beiden Monarchen stürmische

Umgebungen der, welche sich noch freigeren, als Kaiser Wilhelm und König Humbert sich wiederholt auf dem Balkon des Palais zeigten. Nachmittags war Hofball, an welcher der deutsche Kaiser, König Umberto, dann der Herzog der Abruzzen, sowie das beiderseitige Gefolge teilnahmen. Um 3 1/2 Uhr besichtigte der Kaiser die Marschälle, später begab er sich Kaiser und König an Bord des „Vulturino“, von dem Marofen mit Hurraschufen begrüßt, während die Schiffskapelle die deutsche Hymne spielte. Dann besichtigten die Monarchen das Arsenal und besonders eingehend das Panzergeschiff „Sicilia“. Bei der Rückfahrt wurde der Weg durch die kleinen Kanäle gewählt. Abends fand Familientafel statt. Abends um 1/10 Uhr fand unter den Fräulein des Palazzo Reale eine förmliche Rundgebung des Publikums statt, welches die beiden Monarchen beglückwünscht acclamirte. Die Musikcorps spielten abwechselnd die preussische Hymne und den italienischen Königsmarsch. Als die Menge fortgesetzt rief und jubelte, erschienen die Monarchen auf dem Balkon, sie für längere Zeit verweilten und für die Huldigungen dankten. Hinauf fand eine Serenade im Canal Grande statt, der glänzend mit bengalischen Lichtern beleuchtet ist. Eine große Anzahl Gondeln und Barken bedeckt buchstäblich den Canal in seiner ganzen Breite. Um 10 Uhr unternahm der Kaiser und der König einen Ausflug in die Lagunen, der sich bis an den Lido erstreckte. Der Jubel des Volkes war ein grandios überwältigender. Nach der Rückfahrt zogen sich die beiden Herrscher in ihre Gemächer zurück. — Gestern, Sonntag, wohnte der Kaiser vormittags dem Gottesdienste an Bord der „Moltke“ bei, König Humbert der Messe in der königlichen Kapelle. Um 11 1/2 Uhr feierte der Kaiser unter Salutsschüssen der Artillerie und den Zurufen der Menge nach dem Palais zurück, wo das Frühstück im Familientafel eingenommen ward. Um 7 1/2 Uhr war große Hofball, zu der die Großwürdenträger und oberen Behörden geladen waren. Um 9 Uhr fand eine Galavorstellung im Teatro Foscari statt.

— Im Marinelaftino zu Pola traf am Freitag Abend Frhr. v. Sternsdorf beim Diner auf das Wohl des Kaisers Wilhelm und dankte für dessen ausgezeichneten Besuch. Der Kaiser dankte herzlich für die im Namen seiner Kameraden von der K. u. K. Kriegsmarine gesprochenen freundlichen Worte. Es wäre schon lange sein Wunsch gewesen, in näherer Beziehung zu der letzteren zu treten, von deren freundslichem Entgegenkommen ihm von seinem Commandanten und besonders von seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, soviel erzählt worden sei. Er danke herzlich für die Aufnahme, die seine Kriegsschiffe vor 4 Jahren in den Häfen Oesterreichs-ungarns gefunden haben und vereinige hiermit den Wunsch für das Wohlergehen der Oesterreichisch-ungarischen Kriegsmarine. Von dem Denkmale des tapferen, unerschrockenen Seelweiden herabkommend, dessen Geist nicht nur in der österreichisch-ungarischen, sondern auch in der deutschen Marine lebe, könne er nur seinen und seiner Kameraden Wunsch dahin zusammenfassen: „Wohin immer Sie der Ruf des Kaisers Franz Josef, meines besten Freundes, mit dem ich in innigster Freundschaft und treuer Waffenbrüderschaft vereint bin, führen möge: „Voll dampf voraus!“ Der Toast des Kaisers wurde mit Hurrarufen begrüßt, die deutsche und die österreichische Hymne wurden von den Versammelten lebend angehört. Um 11 Uhr abends verließ der Kaiser das Kasino und begab sich an Bord der „Moltke“, auf welcher er um 2 Uhr morgens Pola verließ. — Vor dem Diner hatte der Kaiser dem Erzherzog Carl Stefan den Schwarzen Alexander und mehrere Marineoffiziere höhere Dienstausszeichnungen verliehen.

— Ueber die gänzlich Finanzlage der preussischen Staatsbahnverwaltung hat der Minister Thelen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Freitag Mitteilung gemacht. Danach wird der Ueberschuss der Staatsbahnverwaltung pro 1893/94 den eisdämmigen Ueberschuss um volle 36 Millionen Mark überschritten. Finanzminister Miquel berechnete in seiner Finanzrede am 18. Januar 1894 diesen Ueberschuss auf etwa 30 Millionen Mark, also um 6 Millionen Mark niedriger als Minister Thelen ihm jetzt veranschlagt. Dabei ist ein Ueberschuss des März, also des letzten Monats des Etatsjahres, noch nicht in Betracht gezogen.

— Die „Kreuzzeitung“ will die Beobachtung gemacht haben, daß die Schreibung zwischen dem Amte des preussischen Ministerpräsidenten und des Reichsfanzlers, wie sie seit 1892 eingetreten ist, langsam, aber sicher zu einer „Nullifikation Preussens im Reich“ führe. Der Schwerpunkt verschiebe sich einerseits nach links, andererseits von Preussen ab. Graf Caprivi habe 1892 unter Hinweis auf den Fürsten Bismarck gesagt, es würde unbeschweren für jeden anderen sein, auch nur zu denken, daß er Gunter der Vereinigung der beiden Ämter nicht zehnen würde. Und scheint, entgegen die „Kreuzzeitung“,

es ist gleichgültig, ob er (Caprivi) leidet, wenn die Frage sich aufwirft, ob nicht das Reich und Preussen leiden, damit er es nicht zu schwer habe. Die Last Ministerpräsidenten plus Reichsfanzleramt müsse getragen werden. — „Nichtig“ findet Graf Caprivi, daß seine Schultern sich inzwischen gekräftigt haben. — Was die „Kreuzzeitung“ nicht sagt, ist, daß sie für die beiden Ämter einen anderen Kandidaten hat, falls Graf Caprivi sich zu schwach fühle. — Wir haben die Theilung der Ämter von Anfang an für einen Fehler gehalten. Aber das Raisonnement der „Kreuzzeitung“ trifft unserer Ansicht nach nicht zu. Nicht Preussen leidet, sondern die Junker und Agrarier und sie hoffen, mit dem preussischen Ministerpräsidenten Grafen Caprivi besser fertig zu werden, als mit dem Reichsfanzler.

— Zur Margarinefrage äußert sich der offiziöse „Hamburger Correspondent“, wie folgt, über die Mittel zur Verhinderung des betrügerischen Verkaufes von Mischbutter: Eine große technische Schwierigkeit bietet der Umstand, daß die Chemie einen etwa 20 Pct. nicht übersteigenden Zusatz in der Mischbutter nicht nachzuweisen im Stande ist. Grundrührlich ist daran festzuhalten, daß die Herstellung und der Vertrieb von Margarine so solcher in jedem Betracht einwandfreie Geschäftswerte darstellen. Die Margarine wird als ein zuträgliches, für weite Kreise der Bevölkerung unentbehrliches Nahrungsmittel geschätzt, ihre Fabrikation ist eine wichtige Industrie geworden, an deren Fortschreiten gerade die Landwirtschaft ein sehr starkes Interesse hat, da die Verwendung des Rinderrates zur Herstellung von Margarine steigend auf die Viehzucht einwirkt. Außerdem ist die Margarine-Industrie eine gute Abnehmerin von Rahm und Milch. Vorschläge, die auf die Verhinderung dieser Industrie abzielen, sind auch auf einschlägigen Widerspruch in landwirtschaftlichen Kreisen gestoßen. Dahin gehört die Forderung nach übermäßiger Besteuerung des Kunstbutter. Diese wird allerdings nicht allein um ihrer selbst willen vorgeschlagen, sondern als Mittel, die Steuerbehörden an der strengsten Kontrolle des Verkehrs mit Butter zu interessieren. Als gegen die reelle Kunstbutterfabrikation gerichtet wird auch die Forderung angesehen, jeden Zusatz von Milch oder Rahm zur Margarine zu verbieten. Ein solches Verbot würde die Herstellung dessen, was man jetzt unter Margarine versteht, unmöglich machen. Ein weiteres, vom Deutschen Landwirtschaftskammer ausgehender Vorschlag besteht das Verbot des Färbens der Margarine, das ihr das Aussehen von Butter giebt. Die hiergegen gemachten Einwände sind überwiegend ärztlicher Natur. Einschneidender wäre eine von derselben Körperschaft beschlossene Deklaration, die das Färbhalten und Verlaufen von Butter und Margarine in demselben Verkaufstraum unterlag. In kleinen Verkaufsgeschäften müßte ein betriebsartiges Verbot höchst förmlich empfohlen werden.

— Die Entlassung der in den hannoverschen Spielerprozess verflochtenen 15 Offiziere bekräftigt auch die „Königliche Zeitung“ und fügt hinzu, daß auf verschiedene Arten der Entlassung erlaubt worden ist, je nach dem Grade der Verschuldung, der sie traf. Abgesehen von diesen Offizieren, die jetzt das Heer verlassen müssen, seien auch gegen die meisten andern an dem Prozesse Beteiligten, die in minder hohem Grade bestraft waren, Strafen geringeren Grades verhängt worden, und kein einziger, der sich an jenen Glücksspielen betheiligt hat, sei krafftlos geblieben. Wenn die endliche Regelung dieser Angelegenheit erst jetzt erfolgt sei, so sei das mit dem Umstande zu schreiben, daß nicht alle ehrenrührigen Erkenntnisse, angeblich wegen zu großer Raschheit, die kaiserliche Behörde erhalten haben, und daß deshalb die Abhaltung neuer Ehrengerichte nöthig wurde. In jedem Falle sei jetzt eine strenge Sühne eingetreten, und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß sie auf die betreffenden Kreise eine erhebliche Wirkung nicht verfehlen werde, da es nun klar sei, daß der Kaiser solche Vergaben sehr streng aussaß und sehr entschlossen sei, das Spiel in der Armee unerbittlich auszurotten. Ob eine Berücksichtigung der ergangenen Verabschiedungen im „Militär-Wochenblatt“ erfolgen werde, scheint fraglich, da wenigstens nach der bisher beobachteten Praxis solche Verabschiedungen nicht veröffentlicht zu werden pflegen.

— Für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg“ Verunglückten haben die Sammlungen bis jetzt nahezu 130 000 Mark ergeben. Die „Kön. Ztg.“ regt an, bei der Vertheilung auch jener Hinterbliebenen zu gedenken, die nicht die üblichen erhöhten Unterhaltungen und Pensionen nach dem Unfallversicherungsgesetz, sondern nur nach dem Invalidenversicherungsgesetz u. s. w. beziehen, so der Zurückgelassenen nach dem Unglück auf der „Badrum“ am 3. August vorigen Jahres und jenen nach dem Unglücksstagen bei Opatow vom März 1889, die außer den kleinen Pensionen nur sehr unbedeutende Unterhaltungen aus dem betreffenden Fonds des Reichsmarineamts erhalten. — Der Deputat für Rostockenhau ist von Kiel wieder nach Berlin zurückgekehrt,

nach längeren Untersuchungen auf dem Panzerhiff „Brandenburg.“ Ein endgiltiges Ergebnis wird demnächst veröffentlicht.

— (Partei-politisch.) Die Rede, welche der Abg. Dr. Barth am 31. März in Breslau in einer von dem Wahlverein der Liberalen veranstalteten öffentlichen Versammlung über „die Zukunft des Liberalismus“ gehalten hat, liegt in der „Nation“ nunmehr vor. Wir geben die Schlüsselfätze, welche den Kern des Vortrages enthalten, hier im Wortlaut wieder. Nachdem Herr Dr. Barth dargelegt, daß mit der bisherigen Methode eine Stärkung der liberalen Fraktionen zu einer großen Partei möglich sein wird. Ein erreichbares Ziel dagegen wäre eine parteiliche Verbindung aller liberalen Elemente, die bei Wahlen und dann in den Parlamenten die liberale Weltanschauung geschloffen zum Ausdruck brächte. Daß die Verwirklichung dieses Ziels ein hohes Maß von Einigkeit und Selbsterbindung — zumal bei den stehenden Männern — voraussetzt, liegt auf der Hand. In welchem Grade es unter den gegebenen Verhältnissen erreicht werden kann, steht dahin. Daß aber ohne eine betriebsartige Zusammenfassung aller liberalen Kräfte — unter Verzicht auf „alle Partei-Kamellen“ — die liberalen Parteien in Deutschland niemals zu wirklicher politischer Macht in Deutschland gelangen werden, ist meines Erachtens ebenso sicher, wie es wahrscheinlich ist, daß sich jede Regierung aus die Liberalen zu stützen genöthigt sein würde, falls eine betriebsartige Vereinigung erfolgt. Die Konföderation suchen eine Klassenheraushebung aufrecht zu erhalten, die mit der modernen Staatsentwicklung unvereinbar ist. Die Sozialdemokraten stellen ein Staatsideal auf, das nur in Volkenskundensheim erfüllbar erscheint. Der Liberalismus hat damit für die balance of power eine wesentlich günstiger Position bekommen. Diese Position zur Verwirklichung liberaler Prinzipien auszunutzen, wäre eine politische Aufgabe ersten Ranges, der gegenüber der landesübliche Frohsinn der liberalen Fraktionen untereinander die sich ausnimmt wie eine bittere Saite auf die politische Begabung der Deutschen.

— (Colonialpolitisch.) Der nach Kamerun zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse in Spezialmission gesandte Regierungsrath R o s e, Hilfsarbeiter in der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, ist, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mittheilt, nach Berlin zurückgekehrt.

Parlamentarisches.

— Der Antrag des Grafen Kanitz auf Einführung des Getreidemonopols wird in der „Nationalz.“ veröffentlicht. Danach soll der Einkauf und Verkauf des ausländischen Getreides und der Mälzenfabrikate ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgen. Die Verkaufspreise sollen betragen für die Tonne Weizen 215 Mk., Roggen 185, Gerste und Hafer 155, Hülsenfrüchte 185, Lupinen 80, Mais 155 Mk. Man sieht, die Herren wollen von Reichswegen einen Mindestbetrag des Getreidepreises garantirt erhalten. Mit noch größerem Recht könnte von anderer Seite verlangt werden, daß von Reichswegen ein Mindestbetrag des Anbauertrages und des Unternehmergeinns jeder Art festgesetzt werde. Bezeichnend ist, daß das Monopol nur für das ausländische Getreide gelten soll, freilich mit der Wirkung, daß durch den Mindestbetrag des ausländischen Getreides auch ein hoher Preis des inländischen Getreides erzwungen wird. Weizen hat jetzt 143 und der Durchschnittspreis des Jahres 1883 bis 1892 war 178; das Reich soll einen Preis von 215 gewährleisten! Für Roggen soll der Monopolpreis mindestens 165 sein, während er jetzt 122 ist und im Durchschnitt des bezeichneten Jahres 152 war; für Hafer soll der Monopolpreis 155 betragen gegen den jetzigen Preis von 132 und den Jahresmitteldurchschnitt von 135 u. s. w.

— Für eine Novelle zum Invaliditäts-Versicherungsgesetz ist, wie offiziös geschrieben wird, zunächst nur bedingt, Beitragsmarken für längere Zeiträume auszugeben und die Duitungsart durch ein Pensondbuch für längere Zeiträume zu ersetzen, damit die Interessenten durch die zur Einführung eines Gesetzes nöthigen Arbeiten nicht zu häufig in Anspruch genommen werden.

— Der Senatorenconvent des Reichstags wird nächsten Montag über die Geschäftstage berathen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Schluß der Session nicht wohl in 10 Tagen stattfinden könnte.

Der Antrag
eines Reichs-
Richters an
den Reichs-
tagentwurf von
Verkauf des
ausländischen
Waldenbesitzes
des Reichs
Waldenbesitzes
Walden auf 2
Werth 155 T
Wald, Lappinen
Wald, Wald-
für das Ober-
gräflich freie
von 29 Witz
der konfessionen
konfessionen
dem Antrag be-
unterzeichnet
Berlin, Richter
aus der nation
semittliche Abge-
Ordnung König
mit der Erklärung
Gemeindepreise
des Gemeindegeldes
der Gemeindegeldes
nach Abführung
kommen kann
deutschen Land
ständig gemacht
die Befestigung
Auslande eing
das und um
die jetzigen
König nicht v
143; der König
höher; der König
Königreich ist
das der Gesetz
ausländische
Länder. Aber
durch die Ver
gleichmäßig das
beachtet werden
soll er, König
welchen die aus
mit also das
stimmten Witz
gelassen, so den
Gemeinde nicht
es sei von, da
Ordnung in Deu
Königreich einmal
solte (wod
um so wenig
König den je
11,8 Prozent
von dem Geme
stimm ist in de
Wald die Wald
oder Wohl baren
aus den um 35
König um 78
Länder wird, m
wird die Kon
Walden der Kon
für einen mit
verfassen; die
Länder Landbes
d. s. wenn der
das Reich kein
die vorgeschlagen
um den Betrag
müssen. Gleich
215, so verfa



Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Verlag:
Herausg. Merseburg, Druckerei
und Buchhandl. Ferd. W. W. W.
Verlagsschreibst. Leipzig

Abonnementpreise
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 10 Pf. durch den Fernverleger.
1 Mark 26 Pf. durch die Post.

No. 69.

Dienstag den 10. April.

1894.

Agarische Phantasien.

Nicht nur die Todten, auch die Agrarier reiten schnell. Es ist nur wenige Wochen her, daß die Agrarier über den Traktat des Finanzministers Miquel bei dem Reichstag des Deutschen Landwirtschaftsvereins ein freies Handelsverhältnis ausstießen. 30 Jahre lang, hat der hohe Herr gesagt, werde Verwaltung und Gesetzgebung die Verhältnisse und Bedürfnisse der Landwirtschaft als maßgebend betrachtet müssen. Als die „N. A. Z.“ unlängst die Auffassung vertrat, eine Regierung, die wirtschaftlich handelt, könne nur die Anforderungen des Gemeinwohl zur Richtschnur nehmen, sprach die Correspondenz des Bundes der Landwirthe die Erwartung aus, Minister Miquel werde sein Programm nicht als durch diese offiziöse Auslassung bestätigt ansehen, sondern sich bemühen, dasselbe trotz dieser Widerfacher durchzuführen. Sollte das nicht geschehen, so wäre es kaum möglich, die Konsequenzen zu ziehen, welche sich für die Stellung der Agrarier zu dem Reichstag daraus ergeben würden! Herr Miquel hat nicht — was freilich auch der Bund der Landwirthe nicht forderte — die Auslassung der „N. A. Z.“ mit einem Entlassungsbescheid beantwortet. Dagegen hat das offiziöse Organ in diesen Tagen eine authentische Interpretation jenes Toales gebracht, in der als der eigentliche Gedanke der Miquel'schen Auslassung der bezeichnet wurde, daß die Wirkungen der gesetzgeberischen Reformen, die sich auf das Agrarrecht beziehen, sich auf Jahrzehnte hinaus erstrecken würden. Die Antizipation der Agrarier besteht in der Antizipation von Anträgen auf staatliche Regulierung des Getreidehandels. Herr v. Pögg hat bereits in Götting diese Parole ausgegeben; die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags bereitet angeblich einen Antrag auf Einführung des Getreidekontingents an das Plenum vor. Den Gedanken, der dieser neuesten Wendung zu Grunde liegt, legt der konservativ „Reichsbote“ in seiner Weise dar. Alle die Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, von denen bisher die Rede gewesen sei, seien ja an sich vielleicht ganz gut und schön, aber eine unmittelbare Einwirkung auf die Rentabilität der Landwirtschaft könnten sie nicht ausüben. Diese sei das A und O aller Agrarpolitik. „Ob man ihr (der Landwirtschaft) dieses oder jenes Erb- und Verschuldungsrecht gibt, das sind Alles Dinge, welche erst in zweiter und dritter Linie stehen und die sehr von der Natur des Landes, wie von der Gegend und dem Charakter der deutschen Stämme abhängen. . . . Deshalb gilt es, die Herbeiführung der Rentabilität der Landwirtschaft in erster Linie in's Auge zu fassen. An höhere Schutzdämme, das natürlichste, einfachste, beste und nützlichste Mittel dazu, kann jetzt für 10 Jahre nicht mehr gedacht werden. Da gibt es nur eines, welches wirklich wirksam ist und das besteht darin, daß dafür gesorgt wird, daß nicht mehr fremdes Getreide nach Deutschland eingeführt wird, als wir zur ausreichenden Volksernährung nöthig haben. Und das kann nur geschehen, wenn der Staat die Getreideinfuhr entweder selbst in die Hand nimmt, oder daß er das Einfuhrverbot alljährlich feststellt und es an die bestehenden Getreide-Einfuhr-Handlungen contingentweise vertheilt. Damit würde auch das Spiel mit den Getreidepreisen und dem Weltmarkthandel beseitigt und der Handel auf seinen naturgemäßen vaterländischen Boden gestellt, daß wir einführen und kaufen, was wir nöthig haben, aber nicht mehr.“ Ein Getreidemonopol, wie Was König beantragte wolle, entspricht dem „Reichsbote“ bedenklich. Man übersehe ja nicht, schreibt er, welches Diktum ein solches Monopol des Getreidehandels und dadurch der Preis auf den Staat legen würde. Das würde ein sehr bedenkliches Agitationsmittel für die Sozialdemokratie werden. Der „Reichsbote“ beweist auch hier eine gewisse Unabhängigkeit von der agrarischen Parole. Aber auch er sieht auf dem Standpunkt, den Werth von Agrarreformen lediglich darnach zu beurtheilen, ob sie und zwar sofort die Bodenrente

erhöhen. In der Praxis ist freilich der eine Vorschlag so „obso“ wie der andere. Denn ob der Staat den Getreidehandel, auch den inländischen selbst in die Hand nimmt oder ob er bestimmt, wie viel ausländisches Getreide eingeführt werden darf, thatsächlich bestimmt er die Höhe der Getreidepreise, wobei vorausgesetzt ist, daß das zu Gunsten der inländischen Produzenten geschieht. Ueber die Ausführbarkeit dieser Projekte braucht man glücklicher Weise kein Wort zu verlieren. Ihre Bedeutung ist nur eine symptomatische. Man sieht, wessen die Agrarier fähig sein würden, wenn sie die Linke der Gesetzgebung in die Hand hätten und das ist gerade in diesem Augenblick außerordentlich lehrreich; namentlich für die überwiegende Masse der kleinen Landwirthe, die nicht in der Lage sind, Getreide zu verkaufen, sondern tie darauf angewiesen sind, Viehzucht zu treiben und die dazu nöthigen Getreides bedürfen. Gerade in dieser Frage kommt der Gegensatz der Interessen des Großgrundbesitzes, der aus der massenhaften Getreideproduktion ein Geschäft macht und des kleinen Grundbesitzes zum Ausdruck.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Bei der österreichischen Budgetdebatte wurden von den Rednern des Polenklubs und der Linken bemerkenswerthe Erklärungen zu Gunsten der Koalitionsregierung abgegeben. Nachdem schon der Slovener Bosznjak zu Gunsten der Regierung gesprochen und Bachtiantia namens der Ruthenen erklärt, dieselben seien nicht für die Regierung zu gewinnen, wenn die letztere den grössten Wünschen der Ruthenen Rechnung trage, gab im Namen des Polenklubs Jaleski die Erklärung ab, daß seine Partei in ihrer Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Koalition befestigt sei, und daß auch betreffs der Wahlreform bei gutem Willen sich eine befriedigende Lösung finden lassen werde. Jaleski fügte hinzu, die Polen streben die Erneuerung des Wahlrechts an, sie würden sich aber in ihren Anschlüssen durch keinerlei Partei beeinflussen lassen. Er schloß dann das grösste Gegenkommen der Polen den Ruthenen gegenüber an und schloß mit der Versicherung, daß der

program vor dem Budget zu beraten oder wenigstens das Kriegs- und Marinebudget mit Rücksicht auf die Abreise der Finanzkommission an diesen beiden Budgets zurückzustellen. Das Blatt verlangt, daß die Verabreichung des gesamten Budgets der Verabreichung des Finanzprogramms vorausgehe, zumal die Finanzkommission nicht spezifizirt habe, wie sie die Ersparnisse von 20 Millionen bei dem Getreide und der Marine verwirklichen wolle.

Belgien. Vom neuen Wahlgesez haben beide Kammern die ersten drei Abschnitte übereinstimmend angenommen, so daß sämmtliche Gemeinderäte die Wählerlisten aufstellen können.

Schweden-Norwegen. Das norwegische Storting beschloß einstimmig, das Grundkapital der Hypothekenbank um eine Million zu erhöhen, sowie eine Staatsanleihe im Betrage von 19 Millionen aufzunehmen. Die Regierung hatte nur 16 Millionen vorgeschlagen; der Finanzminister erklärte sich jedoch mit der Erhöhung einverstanden. Die Vertreter der Linken angehörigen Vereine nahmen die Resolution an, in der die Durchführung des Stortingbeschlusses betreffend das Konsulatwesen, sowie ein eigenes norwegisches Ministerium des Auswärtigen und das allgemeine Wahlrecht gefordert werden. Das Storting nahm ferner die Vorlage betreffend die Conversion der Staatsanleihe vom Jahre 1880 an. Der Gesamtbetrag der neuen Staatsanleihen beträgt 38 Millionen Kronen.

Brasilien. Aus Brasilien kommt die Meldung, daß das Geschwader der brasilianischen Aufständischen mit Ausnahme des „Aniaban“ die Barre von Rio Grande durchdrungen. Die Truppen der Aufständischen marschiren auf die Stadt Rio Grande. Nach einem weiteren Telegramm aus Rio de Janeiro haben die Truppen Bezoiro's Curitiba wieder genommen.

Türkei. In einem albanesisch-montenegrinischen Zusammenstoß ist es am Freitag abends an der Grenze gekommen. Es wurde Niemand getödtet. Unter den Bewohnern der montenegrinischen Grenze herrscht große Erregung. Die montenegrinische Regierung richtete eine Note an die Pforte, in welcher die türkischen Grenzbehörden einer unstatthafter Nachsicht den Albanesen gegenüber beschuldigt werden und in welcher deren Absetzung gefordert wird.

Nordamerika. Der Indianeraufstand im Alabama-Territorium hat noch nicht sein Ende erreicht. In einem Kampfe zwischen den Indianern und Anhängern wurden 30 Personen getödtet.

Deutschland.

Berlin, 9. April. Ueber den Besuch des Kaisers in Venedig und die Zusammenkunft selber mit dem König von Italien wird gemeldet: Sonnabend Vormittag 10 Uhr traf der Kaiser Bord der Yacht „Christabel“ im Hafen Malamocco ein. Fünf Dampfer, auf welchen sich Mitglieder der hiesigen deutschen Colonie, der Gemeinde und eine große Anzahl geladener Personen befanden, waren der Yacht zur Begrüßung entgegengefahren. Um 11 Uhr 15 Minuten künigtigen Kaiserliche die Ankunft der kaiserlichen Yacht in Evidenz an. Eine dichtgedrängte Menschenmenge um die Riva Schiavoni besetzt. Sämmtliche Häuser und Gondeln hatten Flaggenschmuck angelegt. Während der Fahrt vom Hafen Malamocco nach Venedig blieb Kaiser auf der Schiffbrücke und dankte für die an Ufer aus dargebrachten Kunstgebungen wie literarischem Gruß. Der König von Italien und Herzog der Abruzzen begaben sich sofort nach Ankunft des Kaisers in einem königlichen Boot Bord der Yacht „Christabel“, wo eine sehr herzliche Begrüßung zwischen beiden Monarchen stattfand. Nach einer längeren Unterhaltung kehrte der König in das Palais zurück, wohin sich der Kaiser je Zeit darauf in einem Boot der Yacht gleich begab. Die auf dem Marktplatz angeammelte Menschenmenge brachte beiden Monarchen stürmische

